

Antrag

der Fraktion der AfD

Förderung extremistischer Veranstaltungen verhindern

- I. Die Landesregierung wird aufgefordert zu berichten,
 1. ob sie das am 19. Oktober 2018 in Mühlhausen stattfindende und vom Musik- und Kulturverein Mühlhausen veranstaltete Konzert mit dem Motto "Aufmucken gegen Rechts" in irgendeiner Form fördert, falls ja, in welcher konkreten Form, in welchem Umfang, über welches Programm und mit welcher Begründung;
 2. wie und mit welcher Begründung sie die politische Ausrichtung der an dem besagten Konzert teilnehmenden Musikgruppen einordnet, wie sie sich zu diesen Musikgruppen sowie ihren Liedtexten positioniert und wie sie ihre Positionierung begründet;
 3. wie es ihrer Ansicht nach mit der staatlichen Neutralitätspflicht zu vereinbaren ist, dass Konzertveranstaltungen mit linksextremistischen Musikgruppen ungehindert im Freistaat Thüringen durchgeführt und sogar vom Freistaat gefördert werden;
 4. ob sie den Musik- und Kulturverein Mühlhausen in diesem Jahr in irgendeiner Form gefördert hat und falls ja, in welcher Form, in welchem Umfang, über welches Förderprogramm und mit welcher Begründung;
 5. ob sie andere politische Musikveranstaltungen, die in diesem Jahr im Freistaat Thüringen stattfinden, in irgendeiner Form fördert und falls ja, um welche Musikveranstaltungen es sich dabei handelt, wie sie diese Veranstaltungen politisch einordnet sowie in welcher Form, welchem Umfang, über welches Förderprogramm und mit welcher Begründung sie gefördert werden.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 1. keine extremistischen Veranstaltungen zu fördern;
 2. die Bewilligung staatlicher Fördermittel künftig von der Unterzeichnung einer Extremismusklausel abhängig zu machen.

Begründung:

Der "Musik- und Kulturverein Mühlhausen" veranstaltet am 19. Oktober 2018 im Mehrgenerationenhaus in Mühlhausen unter dem Motto "Aufmucken gegen Rechts" ein Konzert, bei welchem die Musikgruppen "Rawside", "Die Dorks", "Erstausgabe-Punkrock" und "Rana Esculenta" auftreten sollen. Auf Werbeplakaten für diese Veranstaltung wird unter anderem auch der Freistaat Thüringen (Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport) als einer von mehreren Sponsoren ausgewiesen, und die Veranstaltung wird zudem damit beworben, dass der Eintritt kostenlos sei.

Bereits an den Titeln der Lieder und Alben der vorgenannten Musikgruppen wird ihre Haltung und politische Ausrichtung deutlich. So lassen Titel wie "Gegen Deutschland", "Police Terror", "Staatsgewalt", "Schlag zurück", "Riot", "Es herrscht Krieg", "Die Vorkriegsjugend", "Faschopack", "Links vor Rechts", "Punker stinken gut", "Wenn mein Schießmuskel versagt" oder "Probleme eines Assis beim Scheißen" darauf schließen, dass es sich um Musikgruppen handelt, die dem linksextremen Spektrum zuzurechnen sind. Untermauert wird dies durch die Liedtexte, in welchen eine Stimmung gegen den Staat geschürt und dazu aufgerufen wird, das "System" zu boykottieren und Steine in die Hand zu nehmen. Zudem werden in den Texten Polizisten zum Beispiel als "Bullenschweine" verunglimpft, und dahin gehende Aussagen getroffen, dass nun Köpfe rollen sowie Steine fliegen müssten und die Straßen brennen werden. Die Tatsache, dass Auftritte von Musikgruppen, die eine derartig offen staatsfeindliche und gewaltverherrlichende Haltung vertreten, Unterstützung von staatlichen Stellen erfahren, untergräbt nicht nur die Autorität und Glaubwürdigkeit des Staates, sondern offenbart zugleich auch, dass die Landesregierung nicht gewillt ist, linksextremistische Bestrebungen zu bekämpfen und dem Extremismus jeglicher Couleur in gleichem Maße entgegenzutreten. Zur Wahrung des Ansehens staatlicher Stellen sowie der staatlichen Neutralitätspflicht ist es geboten, dass die Landesregierung zukünftig keine Veranstaltungen mehr fördert, die dazu geeignet sind, extremistisches Gedankengut zu verbreiten und den Staat oder seine Bediensteten im öffentlichen Ansehen herabzuwürdigen. Zur Erreichung dieses Zieles muss die Bewilligung staatlicher Fördermittel künftig von der Unterzeichnung einer Extremismusklausel abhängig gemacht werden.

Für die Fraktion:

Möller